

Bildungsgipfel: Verschiebebahnhof ist zu wenig für eine Bildungsinitiative

Deutscher Kulturrat enttäuscht über Ergebnisse des Bildungsgipfels

Berlin, den 23.10.2008. Gestern fand der so genannte Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder in Dresden statt. Obwohl von Seiten der Länder die Erwartungen bereits im Vorfeld gedämpft worden waren, ist noch weniger herausgekommen, als erwartet werden konnte.

Zentrales Ergebnis ist ein Verschiebebahnhof. Eine Strategiegruppe soll bis Oktober 2009 beraten, wie vereinbarte Ziele ab 2010 finanziert werden können. Damit werden sowohl die Bundestagswahl als auch einige Landtagswahlen überwintert, so dass im Oktober 2009 eventuell ein ganz anderer Kreis an Verantwortlichen mit ganz anderen Zielen das verkünden wird, was möglicherweise die Vorgänger erdacht haben.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, ist über dieses auf die lange Bank schieben enttäuscht. Ebenso ist er verwundert, dass der begonnene Konsultationsprozess nicht fortgeführt wird, sondern erst in einem Jahr die Ergebnisse der Finanzierungsgruppe vorgestellt werden sollen. Bildungspolitik ist mehr als Finanzierung. Bildungspolitik lebt vor allem von inhaltlichen Zielen.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: Jetzt darf nicht mehr als ein Jahr ins Land gehen, bevor Bund und Länder wieder gemeinsam über Bildung sprechen. Wenn die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder ihr Engagement für Bildung ernst nehmen, ist es erforderlich, dass sie sich kontinuierlich und gemeinsam mit dem Thema befassen. Wenn der frühkindlichen Bildung mehr Bedeutung beigemessen werden soll, heißt dies, sich intensiv mit kultureller Bildung auseinander zu setzen. Spracherwerb, Auseinandersetzung mit Sprache, Bildlesefähigkeit, das alles sind Kompetenzen, die durch kulturelle Bildung vermittelt werden. Eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung ohne kulturelle Bildung ist schier undenkbar. Dies sollte das Thema des zweiten Bildungsgipfels, noch vor der Bundestagswahl 2009, sein.